II-10981 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium
für Arbeit und Soziales
GZ:90200/58-AEI/93

1010 Wien, den 23. August 1993
Stubenring 1
DVR: 0017001
Telefon: (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 715 82 58
P.S.K.Kto.Nr.: 05070.004

4998/AB
1993 -08- 26
zu 5225/J

B E A N T W O R T U N G

der Anfrage des Abgeordneten Dr. Haider, Nr. 5225/J betreffend "Österreichische Verhandlungspositionen bei den EG-Beitrittsverhandlungen"

Zu den aus der beiliegenden Ablichtung der gegenständlichen Anfrage ersichtlichen Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

Einleitend weise ich darauf hin, daß den Parlamentsklubs die österreichischen Positionspapiere zu den verschiedenen Kapiteln der Beitrittsverhandlungen zur Kenntnis gebracht wurden und daß ich zuletzt in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 4786/J vom 6. Mai 1993 zu arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen im Zusammenhang mit dem von Österreich angestrebten EG-Beitritt ausführlich Stellung genommen habe.

Zu den Fragen 1 bis 3:

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat die Erstellung der Verhandlungsposition zum Thema "Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Sozialpolitik" federführend betreut. Zur Bewältigung dieser Aufgaben wurden Arbeitsgruppen eingesetzt, sowie bei Bedarf interministerielle Besprechungen abgehalten. In diesen Arbeitsgruppen waren nicht nur die mitbetroffenen Ressorts, sondern auch die Gebietskörperschaften und Interessensvertretungen repräsentiert. Es haben somit alle diese Stellen am Zustandekommen der Verhandlungsposition mitgewirkt.

Dieser Koordinationsprozeß hat eine optimale Auseinandersetzung mit den von den Beteiligten eingebrachten Interessensstandpunkten gewährleistet. Dies kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß alle Verhandlungspositionen im Konsens formuliert werden konnten.

Zu den Fragen 4 und 5:
Was den Stand der EG-Beitrittsverhandlungen in seiner Gesamtheit betrifft, verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5227/J durch den Herrn Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten.

Die mein Ressort federführend betreffenden Verhandlungskapitel konnten im ersten Halbjahr der EG-Beitrittsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden. Von den im Rahmen meines Aufgabenbereiches vorgebrachten Verhandlungsthemen wurde keines von der EG-Seite in den bisherigen Beitrittsverhandlungen abgelehnt. Dies gilt sowohl für das Verhandlungskapitel "Freizügigkeit der Arbeitnehmer" als auch für das Verhandlungskapitel "Sozialpolitik".

Zum Bereich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer wurde im Juli dieses Jahres im Rahmen der Beitrittsverhandlungen eine Erklärung zur Freizügigkeit angenommen, wonach Österreich für den Fall, daß es nach dem Beitritt zu Schwierigkeiten im Hinblick auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer kommt, die Organe der Gemeinschaft mit der Angelegenheit befassen kann, um eine Lösung des Problems herbeizuführen.

Im Bereich der Sozialpolitik ist es in den EG-Beitrittsverhandlungen gelungen, ein noch weitreichenderes Verhandlungsergebnis als im Rahmen der EWR-Verhandlungen zu erzielen, wie beispielsweise die Aufrechterhaltung des österreichischen Nachtarbeitsverbotes für Frauen bis zur Jahrtausendwende.

Im Herbst dieses Jahres wird mein Ressort federführend weiters die Teilnahme Österreichs am Europäischen Sozialfonds verhandeln, sowie in anderen Verhandlungsbereichen mitarbeiten.

Die Bundesregierung verhandelt dabei auf der Grundlage des von ihr am 26. Jänner 1993 formulierten Verhandlungsmandats mit dem Ziel der Realisierung eines für Österreich bestmöglichen Verhandlungsergebnisses. Mutmaßungen über den Ausgang zum Teil noch nicht einmal begonnener Verhandlungen kann ich seriöserweise nicht anstellen.

Der Bundesminister:

Mann

BEILAGE

Anfrage:

1) Mit welchen Forderungen geht (ging) Ihr Ressort in die EG–Beitrittsverhandlungen, d.h., welche ressortspezifische (ressortrelevante) Verhandlungsposition wurde erarbeitet und dem Ministerrat vorgelegt? (Bitte um Anführung der konkreten Forderungen, wie sie in Ihrem Ressort vor Akkordierung und Beschluß im Ministerrat erstellt wurden).

2) Welche Wünsche betreffend Verhandlungsposition, betreffend Sonder– und Ausnahmeregelungen, betreffend Verhandlungsziel etc. wurden wann und von wem (z.B. Interessensvertretungen, Gebietskörperschaften, Organisationen u.a.) an Ihr Ressort herangetragen oder wurden Ihrem Ressort zur Kenntnis gebracht? (Bitte um diesbezügliche konkrete Auflistung).

3) Wurden und in welcher Art und Weise wurden die diversen Anregungen und Forderungen bei der Erstellung der ressortspezifischen (ressortrelevanten) Verhandlungsposition aufgegriffen bzw. berücksichtigt?
Welche konkreten Forderungen und Wünsche fanden keine Berücksichtigung?
Aus welchen Gründen wurde davon Abstand genommen?

4) Wie bewerten Sie die Realisierungschance der österreichischen Positionen, insbesondere die Durchsetzung Ihrer ressortrelevanten Verhandlungspositionen und –ziele bei den Verhandlungen mit der EG, und wo liegen für Sie die "Knackpunkte"?

5) Wie ist der derzeitige Stand der österreichischen EG–Beitrittsverhandlungen hinsichtlich der Ihr Ressort betreffenden Materien?
Welche Verhandlungspunkte konnten bislang mit welchem Ergebnis erledigt werden?
In welchen Bereichen und in welchen konkreten Punkten gibt es noch offene oder strittige Fragen zwischen Österreich und der EG?